

Gemeinsam durch den Corona-Winter in Dresden

Die Lage ist ernst.

1. Die Corona-Pandemie hat auch Dresden fest im Griff. Die Lage ist deutlich ernster als im Frühjahr. So haben wir mit **mehr Infizierten und auch Erkrankten** als im Frühjahr zu tun, die Anzahl der schweren Krankheitsverläufe hat sich erhöht, die Krankenhauseinweisungen steigen und die Intensivbetten werden weniger. Die Lage ist ernst, unvorhersehbar und spitzt sich weiter zu. **Sachsen ist aktuell besonders betroffen von hohen Fallzahlen.** In Dresden zeigt die Corona-Ampel seit Wochen rot. Ende November lag die Inzidenz bei 230. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass wir in der Landeshauptstadt weiterhin so hohe Werte haben. Dies wiederum bedeutet **leider auch weitere Einschränkungen** im täglichen Leben.
2. Der Kampf gegen die Corona-Pandemie gelingt nur, wenn **alle staatlichen Ebenen in abgestimmter Weise ihrer Verantwortung gerecht werden.** Um die Pandemie wirksam bekämpfen zu können, war die Schärfung der Corona-Schutz-Verordnung auf Landesebene im Einklang mit den anderen Ländern und der Bundesregierung richtig.
3. Wir begrüßen es ferner, dass die kreisfreien Städte und Landkreise nun explizit aufgefordert sind, Maßnahmen an das regionale Infektionsgeschehen anzupassen. Dies fordert die **Übernahme von Verantwortung durch die Kommunen**, das ist wichtig! Gleichzeitig definiert die neue Verordnung aber auch einen klaren Handlungsrahmen und macht Entscheidungen rechtssicherer.
4. Unser aller Ziel muss es sein, das **Infektionsgeschehen zu verlangsamen.** Nur so können wir unser Gesundheitssystem zum Wohle der ganzen Gesellschaft erhalten. Egal ob Menschen wegen COVID-19 oder einer anderen Erkrankung ein Krankenhaus- oder sogar Intensivbett benötigen, sie sollen es bekommen. Genau deswegen ist **kraftvolles und klares Handeln aller Akteure** dringend geboten.

Gemeinsam durch den Corona-Winter in Dresden

Was jetzt in Dresden passieren muss.

1. Der **Oberbürgermeister** muss angesichts des Infektionsgeschehens in Dresden von der Möglichkeit **zusätzlicher Maßnahmen** Gebrauch machen. Dies ist durch die Allgemeinverfügung vom 1.12.2020 zunächst geschehen.
2. Die **Infektionsschutzmaßnahmen müssen nun auch um- und durchgesetzt** werden. Wo nötig müssen kommunale Ordnungsbehörden und die Landespolizei auch konsequent gegen die Missachtung der Infektionsschutzmaßnahmen vorgehen. Wir akzeptieren nicht, dass Einzelne sich nicht an die Regeln halten und so die Gesundheit Aller gefährden.
3. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt müssen bei allen Veränderungen aber auch wissen, was die aktuellen Regeln sind. Wir fordern den Oberbürgermeister deswegen auf, **alle Maßnahmen so zu kommunizieren, dass alle Menschen in Dresden die Regeln und Hinweise kennen können**. Und die Maßnahmen müssen erklärt werden. Nur so lässt sich allgemeine Akzeptanz und infolgedessen auch das Einhalten der temporär notwendigen zusätzlichen Verpflichtungen erreichen. Alle Möglichkeiten der öffentlichen Kommunikation sollten ausgeschöpft werden.
4. Zu transparenter Kommunikation und stringenter Entscheidungsfindung gehört es auch, **den Stadtrat im Vorfeld von möglichen neuen Überlegungen, Maßnahmen oder Verwaltungsentscheidungen einzubinden** und im Zuge der Umsetzung stärker mit einzubeziehen. Ein gemeinsames Vorgehen von Verwaltung und Stadtrat würde zudem der Bevölkerung eine bessere Orientierung geben.
5. Auch die Arbeit des Stadtrates muss der aktuellen Situation Rechnung tragen. Die SPD Dresden begrüßt daher die Möglichkeiten, **Ratssitzungen per Videokonferenz** abzuhalten. Diese Möglichkeit wird gerade vom Landtag geschaffen, der noch im Dezember die sogenannte Corona-Kommunal-Novelle beschließen wird.

Gemeinsam durch den Corona-Winter in Dresden

Wir brauchen Solidarität.

1. Die aktuellen Regeln und Einschränkungen können zur Senkung der Neuinfektionen in Dresden führen. Deswegen ist es so **wichtig, dass wir alle uns daranhalten**.
2. Die Maßnahmen zum Infektionsschutz sind notwendig, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass **Menschen vereinsamen, ihre wirtschaftliche Existenz oder den sozialen Halt verlieren**. Diese Folgen der Pandemie, gerade im sozialen Bereich, erfordern jetzt die **Aufmerksamkeit der Politik**.
3. Wir begrüßen, dass Land und Bund aktuell viel investieren, um die Auswirkungen der Krise abzumildern. Sie **sichern damit die Existenz von Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von Selbstständigen und Kulturschaffenden**. Die Maßnahmen sind zielgerichteter und werden helfen, die Pandemie - im Rahmen der schwierigen Lage - bestmöglich zu überstehen. Die Kompensationsmaßnahmen des Bundes müssen soweit und solange andauern, wie der Infektionsschutz die Einschränkung des Wirtschaftslebens nötig macht. **Der Bund darf sich auch im Jahr 2021 nicht aus der Verantwortung stehlen**.
4. Gleichzeitig müssen wir aber auch **auf die Menschen achten, die besonders stark unter den Einschränkungen leiden**
 - a. **Menschen mit geringem Einkommen** und ohne Rücklagen sind besonders von den wirtschaftlichen Folgen betroffen. Wir müssen sicherstellen, dass sie nicht vergessen werden. Kurzarbeitergeld und der ab Januar steigende Mindestlohn können die schlimmste Not lindern. Um auch in Pandemiezeiten ihre Teilnahme am sozialen Leben sicherzustellen, brauchen wir die Aufmerksamkeit und Erreichbarkeit von öffentlichen Stellen und sozialer Beratung, aber auch die Solidarität der Zivilgesellschaft mit betroffenen Menschen im jeweiligen Umfeld.
 - b. Die Schließung der Schulen und Betreuungseinrichtungen hat im Frühjahr zu **enormen Belastungen insbesondere bei Eltern** geführt. Homeoffice geht eben nur vor und nach der Betreuung von Kindern, und nicht nebenher. **Care-Arbeit muss anerkannt werden**.
 - c. Die zur Entlastung von Eltern erfolgte **Ausweitung der Kind-Krank-Tage** für 2020 war richtig. Diese Regelung sollte **für 2021 fortgesetzt** werden, sollte die Pandemie wie erwartet bis in die zweite Jahreshälfte andauern.

Gemeinsam durch den Corona-Winter in Dresden

- d. Auch für die **Kinder und Jugendlichen** waren die Folgen dieser Schließungen im Frühjahr gravierend. Kinder brauchen einander. Auch sie leiden an Einsamkeit. Neben dem Rückstand auf ihrem Bildungsweg und einer höheren psychischen Belastung in allen gesellschaftlichen Gruppen wurden viele junge Menschen sich selbst überlassen. Aus all diesen Gründen unterstützen wir das **Offenhalten von Kitas, allgemeinbildenden Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe** bei erhöhten Anforderungen an den Infektionsschutz – insbesondere durch die ausgeweitete Maskenpflicht – in der Hoffnung, dass die aktuellen Maßnahmen zu einem Rückgang der Neuinfektionen führen.
- Um geteilten Unterricht oder Schulschließungen für die Schülerinnen und Schüler kompensieren zu können, müssen online-Lernplattformen, wie z.B. “Lernsax”, schnellstens kompetent zum Einsatz kommen. **Die Unterstützung von Kindern aus finanziell schlechtergestellten Familien muss konsequent gewährleistet werden**, z.B. mit zur Verfügung gestellten mobilen Endgeräten und gezielten Online-Nachhilfe-Angeboten.
- e. **Alleinerziehende** sind besonders großem Druck ausgesetzt, weil sie den Alltag mit ihren Kindern und häufig erschwerte Bedingungen bei der eigenen Arbeit zu bewältigen haben. Generell leiden **alleinstehende Menschen**, ob jung oder alt, durch die Einschränkungen besonders an Einsamkeit. Gerade bei der Formulierung von Kontaktbeschränkungen darf ihre Lebenssituation nicht ignoriert werden.
- f. Für **Menschen in sozialer Not** brauchen wir während der Pandemie und auch danach gute Ansprechstellen. **Soziale Beratungsstellen müssen offen und erreichbar sein**. Neben der allgemeinen Corona-Hotline brauchen diese Menschen ein **Sorgentelefon, welches rund um die Uhr erreichbar ist**.
- g. **Soziale Einrichtungen und Gesundheitsberufe**, von Erzieher/innen über Pflegekräfte hin zur psychosozialen Beratung, fangen gerade Menschen mit Belastungen und ihren meist sehr berechtigten Sorgen und Ängsten in Dresden auf. Diese große Verantwortung muss sich mit **ausreichend Stellen und einer tariflichen oder daran angelehnten Bezahlung** niederschlagen. Deshalb gilt den **Arbeitnehmer/innen und den für sie kämpfenden Gewerkschaften unsere uneingeschränkte Solidarität**.

Gemeinsam durch den Corona-Winter in Dresden

- h. Die Situation von **älteren Menschen in Pflegeheimen** hat sich seit Anfang der Pandemie nicht wesentlich gebessert. Im Gegenteil, durch die Häufung von Corona Fällen in Dresden kommt es zu einer vermehrten Schließung von Pflegeheimen. **Den Angehörigen und Bezugspersonen muss auch in dieser Situation der Zugang zu den Einrichtungen gewährt werden.** Die Besuchsmöglichkeiten für Angehörige müssen sich nach dem Bedarf der Erkrankten richten. Menschen mit höherem Pflegebedarf (z.B. mit Demenz) muss eine höhere Unterstützung durch Angehörige gewährleistet werden damit die Bindung zur Bezugsperson nicht verloren geht.
 - i. Durch die Pandemie kommt es zu einer erhöhten Belastung, sozialen Isolation, aber auch häuslicher Gewalt. All diese Faktoren sind bekannte Risikofaktoren für psychischen Störungen. Schon heute erhalten Erkrankte nicht immer umgehend Zugang zu psychischer Versorgung. Deshalb müssen wir die **Kapazitäten für Psychotherapieplätze erweitern**, etwa durch mehr Kassensitze für psychologische Psychotherapeut*innen.
5. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf alle öffentlichen Haushalte sind bereits enorm und werden noch zunehmen. Wir wehren uns dagegen, dass die Schwächsten mit Kürzungshauhalten auf ihre Kosten die Pandemie bezahlen sollen. **Die SPD wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Lasten der Krise gerecht verteilt werden.**